

## **Pressemitteilung: Runder Tisch Hochwasser am 30.11.2018**

Die vier Bürgerinitiativen Hochwasser aus Zeithain, Röderau und Nünchritz hatten für den 30. November zum Zehnten Runden Tisch Hochwasser in das Feuerwehrgerätehaus nach Zeithain eingeladen. Unter der Moderation des MdL G. Mackenroth haben Staatssekretär Dr. Pfeil vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, die zuständigen Leiter der Landestalsperrenverwaltung, des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, des Landratsamtes berichtet, mit welchen Ergebnissen die Festlegungen des letzten Runden Tisches Hochwasser im Mai bearbeitet worden sind. Zu den Teilnehmern zählten auch die Bürgermeister von Zeithain und Nünchritz sowie ein Vertreter der Stadtverwaltung Riesa. In zum Teil kontroverser Diskussion wurden von den Bürgerinitiativen die Ergebnisse zur Kenntnis genommen. Angetreten, mit den Behörden gemeinsam, nicht gegen sie, Lösungen zur Verringerung der Hochwassergefährdung zu finden, sind sie enttäuscht, dass sichtbar so wenig im Bereich Nünchritz/Zeithain passiert. Schließlich wurde Übereinstimmung erzielt, dem Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Pfeil zu folgen: „Wir streben eine Gesamtlösung an. Für diesen Bereich wird eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Auch die Belange des Naturschutzes werden berücksichtigt.“ In dieser Machbarkeitsstudie sollen Nutzen und Aufwand für Maßnahmen der Verbesserung des Abflussverhaltens der Elbe durch Entbuschung, Abgrabungen, Umflutgraben unter den Elbbrücken untersucht werden. Der Bereich soll das Gebiet von Hirschstein bis zur Landesgrenze (Vorschlag der Bürgerinitiativen) umfassen. Übereinstimmend wurde von allen Seiten bekräftigt, dass für einen wirksamen Hochwasserschutz in der Region parallel Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes wie Deiche, HWS-Mauern, Umverlegung der S 88 auf der einen und eine Vorlandbereinigung und -pflege der Elbe jetzt und in Zukunft auf der anderen Seite zu bearbeiten sind. Das Landratsamt verfolgt weiter, mit den zuständigen Stellen die Bereinigung der Auwälder voranzutreiben. Die Bildung von Pilotprojekten, um realisierbare Maßnahmen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht umsetzen zu können, scheiterte am Widerstand des Bundes, der Eigentümer der Bundeswasserstraße Elbe einschließlich des Uferbereiches ist. Der Bund ist hier in der Pflicht. Die Bürgerinitiativen überlegen, den zuständigen Bundesminister einzuladen, um ihm vor Ort die Situation vor Augen zu führen. Dass sowohl Ministerium als auch Landratsamt Erfahrungen übernehmen wollen, wie in anderen Bundesländern (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt) ähnliche Aufgaben gelöst werden, wird begrüßt. Der nächste Runde Tisch Hochwasser soll im Mai 2019 stattfinden. Die Bürgerinitiativen erwarten, dass dann sichtbare Ergebnisse vorgelegt werden.

Udo Schmidt